

**Marcel Bois, Hamburg University (Germany):**

### **Gegen Hitler und Stalin. Linksoptionelle Kommunisten in der Weimarer Republik. Promotionsprojekt.<sup>1</sup>**

Am Ende der Weimarer Republik hatte sich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernt. 1918/19 in den Wochen der Revolution gegründet, war sie angetreten, für eine bessere Welt – eine Gesellschaft frei von Ausbeutung, Armut und Ungerechtigkeit – zu kämpfen. Als Vorbild galt ihr das revolutionäre Russland. Anfang der 1930er Jahre lagen jedoch Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In der jungen Sowjetunion hatte der Stalinismus gesiegt: Die Errungenschaften der Revolution wurden nach und nach zurückgenommen, die vermeintlich herrschende Arbeiterklasse politisch und ökonomisch unterdrückt. Und auch die KPD hatte viel von ihrem ursprünglich emanzipatorischen Charakter verloren. Sie war nun eine vollständig entdemokratisierte, vom Apparat bürokratisch beherrschte Partei. Interne Diskussionen waren weitgehend unterbunden, politische Konflikte wurden nicht politisch, sondern organisatorisch, also durch Ausschlüsse und Repressalien „gelöst“. Kritiker belegte die Parteiführung mit Redeverbote oder entfernte sie kurzerhand aus der Partei. Die Politik der KPD trug zudem dogmatische Züge. Die Sowjetunion wurde „zum heiligen Land stilisiert, Marx, Engels, Lenin [...] wie Religionsstifter verehrt.“<sup>2</sup>

Weniger als eine Dekade zuvor sah die von Rosa Luxemburg gegründete KPD noch völlig anders aus. Breite innerparteiliche Demokratie war eine Selbstverständlichkeit. Es fanden regelmäßige Mitgliederversammlungen statt, Oppositionelle konnten in allen Gliederungen der Partei ihre Positionen vertreten und Kontroversen wurden offen in der Parteipresse ausgetragen. In den ersten Jahren herrschte völlig freie Aussprache. Auch Kritik an den Entscheidungen der Parteizentrale war selbstverständlich. Es war keine Ungewöhnlichkeit, wenn die Parteiführung bei Auseinandersetzungen in der Minderheit blieb – prominentestes Beispiel hierfür ist sicher die Abstimmungsniederlage Rosa Luxemburgs während des Gründungsparteitages über die Frage, ob sich die KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen sollte. Auch vom Dogmatismus der späteren Jahre war zu dieser Zeit in der Partei noch nichts zu ahnen. Bereits in den 1960er Jahren hat Hermann Weber aufgezeigt, dass der spätere Zustand erst durch eine extreme Wandlung der Partei – Weber bezeichnet sie als „Stalinisierung“ – hergestellt werden konnte.<sup>3</sup>

Die Stalinisierung war kein widerspruchslöser Prozess. Vielmehr entwickelten sich zwischen 1924 und 1929 etwa ein Dutzend Gruppen und Fraktionen in der Partei, von denen die meisten gegen die Entdemokratisierung und für eine Rückkehr zur „alten KPD“ kämpften.<sup>4</sup> Hierzu gehörten auch die verschiedenen Fraktionen der so genannten „Linken Opposition“. Was diese Gruppierungen einte, war einerseits die Ablehnung der Stalinisierung und andererseits eine fundamentale Kritik an den Entwicklungen in der jungen Sowjetunion. Letzteres unterschied sie vom „rechten“ Parteiflügel um Heinrich Brandler und August

---

<sup>1</sup> Betreuer: Prof. Dr. Stephanie Schüler-Springorum (Universität Hamburg).

<sup>2</sup> Siegrid Koch-Baumgarten: Einleitung. In: Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg, Junius, 1986, S. 9-54, hier S. 39.

<sup>3</sup> Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1969; Ders.: Die Stalinisierung der KPD. Alte und neue Einschätzungen. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2007), S. 221-244.

<sup>4</sup> Vgl. *Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD)*, Nr. 7, 15.03.1927.

Thalheimer, aus dem 1929 die KPO (Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition) hervorging. Diese Strömung kritisierte zwar die Wandlung der KPD ähnlich scharf wie die Linken, war jedoch deutlich zurückhaltender im Bezug auf die Auseinandersetzungen in der sowjetischen Schwesterpartei.<sup>5</sup>

Während die „rechte“ Opposition organisatorisch relativ einheitlich agierte, splittete sich die Parteilinke in verschiedene Gruppierungen auf. „Entschiedene Linke“, Gruppe Kommunistische Politik, Weddinger Opposition oder Leninbund führten zumeist getrennt den Kampf um die KPD. Und nicht nur das: Nicht selten bekriegten sie sich heftig untereinander. Nicht ohne eine gewisse Ironie hat Mario Keßler diese extreme Tendenz zur Zersplitterung kommentiert: „Die Uneinigkeit sogar innerhalb der antistalinistischen kommunistischen Opposition könnte Thema einer eigenständigen Abhandlung sein.“<sup>6</sup> Trotzdem handelte es sich bei diesen Strömungen keineswegs um kleine Sekten, sondern sie repräsentierten zumindest Mitte der 1920er Jahre einen nicht unbedeutenden Teil der kommunistischen Basis. Die genaue Anzahl ihrer Anhänger lässt sich schwer erfassen, doch sie lag zeitweilig bei mehreren Zehntausend.

Auch wenn die Parteiführung mit massenhaften Ausschlüssen reagierte, kämpfte die Linke Opposition bis 1933 innerhalb und außerhalb der Partei für eine fundamentale Reform der KPD. Zudem rückte ab 1929/30 die Auseinandersetzung mit dem aufstrebenden Faschismus ins Zentrum ihrer Aktivität. Zum Teil auf die bemerkenswerten Schriften Lev Trockijs gestützt, entwickelte sie hier Analysen und Strategien, die denen der stalinisierten Parteiführung um Ernst Thälmann bei weitem überlegen waren. Doch die linken Gruppen, deren Mitglieder mittlerweile größtenteils aus der Partei ausgeschlossen waren, hatten keine Möglichkeit mehr, erfolgreich auf diese einzuwirken – geschweige denn auf die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Dennoch zeigt die Existenz dieser Fraktionen, dass die KPD alles andere als der monolithische Block war, als der sie häufig dargestellt wird.

„Kommunisten gegen Hitler und Stalin“ möchte die Geschichte dieser gescheiterten Alternative zum stalinisierten Kommunismus erzählen – einer alternativen Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung, die heute nahezu in Vergessenheit geraten ist. Zwar hatten sich einige halbwegs prominente kommunistische Persönlichkeiten im Lauf der 1920er Jahre der Linken Opposition angeschlossen. Zu nennen wären beispielsweise die Ex-Parteivorsitzende (Ruth Fischer), ein ehemaliger thüringischer Justizminister (Karl Korsch), ein Historiker und späterer Autor einer viel beachteten Geschichte der Weimarer Republik (Arthur Rosenberg) und ein in der Nachkriegszeit international bekannter und führender Medizinhistoriker (Erwin Ackerknecht). Dennoch: Im Gegensatz zur KPO ist die linke, anti-stalinistische Opposition der KPD fast vollkommen aus dem Bewusstsein selbst interessierter Kenner des deutschen Kommunismus verdrängt.

Bei der Darstellung der Linken Opposition kommt man nicht um eine kritische Bestandsaufnahme herum. An der Entdemokratisierung, die sie so vehement bekämpfte, war sie selber nicht schuldlos. So fällt die erste Phase der Stalinisierung der KPD genau in

---

<sup>5</sup> Noch 1936 rechtfertigte die KPO beispielsweise den Schauprozess gegen Grigorij Zinow'ev als einen „Akt der berechtigten Abwehr gegen ein konterrevolutionäres Komplott“. Erst als Anfang 1937 auch dem „rechten“ Nikolaj Bucharin der Prozess gemacht wurde, änderte die KPO ihre Position. Vgl. K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan, Hain, 1964, S. 336. Siehe auch: Hartmut Beseler: Die Haltung der KPO zur Sowjetunion hinsichtlich ihrer inneren Systementwicklung, Außenpolitik und Politik im Rahmen der Kommunistischen Internationale, Diss., Berlin 1981.

<sup>6</sup> Mario Keßler: Einheit des Kommunismus? In: Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann (Hgg.): „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus, Hamburg, Konkret Literatur Verlag, 1998, S. 90-105, hier S. 94.

jene Zeit, als der linke Flügel um Ruth Fischer die Parteiführung stellte (1924/25). Hinzu kam, dass einige ihrer Positionen (Gewerkschaftsfeindlichkeit, Ablehnung jeglichen Bündnisses mit der SPD) alles andere als geeignet waren, die KPD zu einer Massenpartei zu machen. Jedes Mal, wenn die Linken die Politik der Partei bestimmten, führten sie diese in die gesellschaftliche Isolation. Wahniederlagen und massenhafte Parteiaustritte waren die Folge.

„Kommunisten gegen Hitler und Stalin“ ist als Gesamtdarstellung der Geschichte der Linken Opposition von ihren Anfängen 1924 bis zum Ende der Weimarer Republik angelegt. Eine solche Gesamtdarstellung existiert bisher nicht. Lediglich über einzelne Gruppen der Linken Opposition sind bisher Arbeiten verfasst worden. Zu nennen wären hier der Leninbund<sup>7</sup>, die ultralinken Gruppen<sup>8</sup> oder die deutschen Anhänger Trockijs.<sup>9</sup> Alle diese Arbeiten sind jedoch vor 1990 entstanden. Somit hatten die jeweiligen Autoren keinen Zugriff auf die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks geöffneten Archive. Die Auswertung dieser Bestände ermöglicht nun neue Erkenntnisse über die Geschichte der deutschen Linksoppositionellen. Hervorzuheben ist hierbei vor allem das ehemaligen KPD-Archiv, welches sich heute in der Sammlung „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (SAPMO) im Berliner Bundesarchiv befindet. Auch das Archiv des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam und die Houghton Library der Harvard University in Cambridge, Mass. (USA) bieten umfangreiche Quellenbestände für die Entwicklung der Linkskommunisten gerade in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Während über die meisten Gruppen zumindest einzelne Arbeiten existieren, sind andere Strömungen der Linken Opposition bis heute noch überhaupt nicht systematisch erforscht worden – so zum Beispiel die nach dem Berliner Stadtbezirk benannte Weddinger Opposition. In Abhandlungen zur KPD-Geschichte werden die Weddinger bestenfalls am Rande erwähnt.<sup>10</sup> Dies erscheint umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass sie zeitweise eine der stärksten innerparteilichen Fraktionen darstellten. Heute lässt die Quellenlage es jedoch zu, die Geschichte dieser Gruppe ausführlich zu erfassen.<sup>11</sup>

Neben der Darstellung als Gesamtgeschichte und der Auswertung bislang unter Verschluss gehaltener Quellenbestände soll mit „Kommunisten gegen Hitler und Stalin“ auch

---

<sup>7</sup> Rüdiger Zimmermann: *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf, Droste, 1978.

<sup>8</sup> Otto Langels: *Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe „Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928*, Frankfurt am Main u.a., Lang, 1984; Siegfried Bahne: *Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“*. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961), S. 359-381.

<sup>9</sup> Siegfried Bahne: *Der Trotzismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und Komintern*, Diss., Heidelberg, 1958; Wolfgang Alles: *Zur Politik und Geschichte der deutschen Trozisten ab 1930*, Diplomarbeit, Frankfurt a. M., 1978; Maurice Stobnicer: *Le mouvement trotskyste allemand sous la république de Weimar*, unveröffentl. Diss., Paris, 1980; Annegret Schüle: *Trotzkismus in Deutschland bis 1933*. „Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehr des Faschismus“, Köln, Selbstverlag, 1989.

<sup>10</sup> In Hermann Webers Standardwerk über die Stalinisierung der Partei oder in Zimmermanns Arbeit über den Leninbund finden sich lediglich einzelne verstreute Hinweise. Eine skizzenhafte Darstellung der Frühphase der Fraktion liefert Stobnicer: *Le mouvement trotskyste*, S. 56-68. Er stützt sich in seiner Darstellung jedoch hauptsächlich auf Weber. Einen Blick auf die Zeit vor Auflösung der Gruppe wirft Hans Schafranek: *Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei*, Wien, Verlag für Gesellschaftskritik, 1988, S. 192-199. Kurze Abrisse über die Hochburgen der Weddinger Opposition in der Pfalz und in Westsachsen sind zudem in zwei KPD-Regionalstudien zu finden: Klaus J. Becker: *Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956*, Mainz, v. Hase & Koehler, 2001, S. 20-56; Norman LaPorte: *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern, Lang, 2003. In Hermann Weber (Hg.): *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, Köln-Berlin, Kiepenheuer & Witsch, 1963, S. 278-80 ist ein Auszug der „Plattform der Weddinger Opposition“ von 1926 abgedruckt.

<sup>11</sup> Einen ersten skizzenhaften Überblick über die Entwicklung der Gruppe habe ich kürzlich veröffentlicht: Marcel Bois: *Vergessene Kommunisten. Die „Weddinger Opposition“ der KPD*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2008), S. 58-67.

methodisches Neuland betreten werden. Darstellungen zur Geschichte der KPD nahmen lange Zeit vor allem die Politik der Parteiführung, ihre ideologischen Auseinandersetzungen und den Einfluss der Sowjetunion auf die Entwicklung der KPD in den Blick. Diese Betrachtung der Parteigeschichte „von oben“ war über Jahrzehnte die herrschende methodische Herangehensweise in der Historiographie des deutschen Kommunismus. Als Klaus-Michael Mallmann 1996 seine sozialhistorisch orientierten Habilitationsschrift „Kommunisten in der Weimarer Republik“ veröffentlichte, stellte er diese Herangehensweise fundamental in Frage.<sup>12</sup> Hiervon ausgehend entspann sich eine längere Kontroverse über die Methodik der KPD-Forschung.<sup>13</sup> Mittlerweile haben sich die Wogen wieder ein wenig geglättet. Denn die Gegenüberstellung der Perspektiven „von oben“ und „von unten“ ist tatsächlich wenig zweckdienlich. Zu Recht hat schon Klaus Weinhauer in einer Besprechung von Mallmanns Buch „eine Synthese [...], die Organisations- und Sozialgeschichte zusammenführt“, eingefordert. Es sei „notwendig, die Partei als soziale Organisation im doppelten Spannungsfeld zwischen äußeren Einflüssen (Stalin, KI) und Milieuverankerung zu analysieren.“<sup>14</sup>

Als erster ist diesen Anforderungen Norman LaPorte nachgekommen. In seiner Arbeit über die sächsische KPD beleuchtet er beide Aspekte. So betont er zum einen die starke Wirkung nationaler sowie internationaler Entscheidungen, Diskussion und Fraktionskämpfe auf die einzelnen Parteigliederungen. Zum anderen argumentiert er jedoch, dass regionale politische Traditionen und sozioökonomische Faktoren die Haltung der lokalen Gruppen ebenfalls beeinflussen konnten.<sup>15</sup> Mit seiner Arbeit ist es LaPorte so auf plausible Art und Weise gelungen, den vermeintlichen Gegensatz zwischen Kommunismusforschung „von unten“ und „von oben“ aufzubrechen. Er präsentiert einen Ansatz, der sich durchaus als wegweisend für künftige Arbeiten über die Geschichte der KPD herausstellen könnte.

Auch für die Erforschung der innerparteilichen Opposition erscheint diese Herangehensweise als sinnvoll. Bislang war in der Historiographie der Blick „von oben“ auf diese Strömungen vorherrschend. So wurden sie in politikwissenschaftlich orientierten Untersuchungen zur Geschichte der KPD oft ausführlich gewürdigt. Sozialhistorische Arbeiten haben dagegen die Opposition – wenn überhaupt – nur als Randerscheinung betrachtet. Umgekehrt haben sich die Autoren der bisherigen Studien zur Geschichte der Linksoption nicht an die sozialgeschichtliche Methodik gewagt. Im Zentrum dieser Werke standen stets die Auseinandersetzungen mit der Parteiführung und die organisatorische Entwicklung der jeweiligen Gruppen.<sup>16</sup> Dies verwundert nicht, denn die Herausbildung der Opposition war eine Reaktion auf den Aufstieg des Stalinismus in der Sowjetunion und die

---

<sup>12</sup> Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996.

<sup>13</sup> Siehe hierzu ausführlich: Marcel Bois, Florian Wilde: Ein kleiner Boom. Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2010), S. 309-322.

<sup>14</sup> Klaus Weinhauer: Rezension zu Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik*. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 37 (1997), S. 593-596, hier S. 596.

<sup>15</sup> Dies verdeutlicht die Tatsache, dass verschiedene lokale Gliederungen unterschiedlich mit den Vorgaben der Parteiführung umgegangen seien. LaPorte (German Communist Party in Saxony) belegt seine These anhand der drei sächsischen Parteibeirke, in denen jeweils unterschiedliche Strömungen führend waren. Diese unterschiedliche Ausrichtung sieht er in den verschiedenen regionalen Bedingungen begründet. Die Stärke der KPD-Linken in Bezirk Westsachsen führt er beispielsweise auf die hegemoniale Stellung der SPD in dieser Region zurück. Die kompromisslose Haltung der Linken gegen die Sozialdemokraten sei hier auf fruchtbaren Boden gefallen. Dagegen sei die Parteirechte im Bezirk Erzgebirge-Vogtland stark gewesen, weil den Kommunisten seit 1919 eine Verankerung in der lokalen Arbeiterbewegung gelungen sei. Der „pragmatischere“ Kurs der Rechten sei hier plausibel für die Mitgliedschaft gewesen. Dementsprechend war hier 1928/29 der Widerstand gegen die von Stalin vorgegebene Linkswendung wesentlich stärker ausgeprägt als in anderen Bezirken.

<sup>16</sup> Hans Manfred Bocks *Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland* nähert sich diesem Ansatz zumindest an. So finden sich im Abschnitt über die rätekommunistische Bewegung in der Weimarer Republik zwei kurze Kapitel zur sozialen Rekrutierung und zu subkulturellen Tendenzen: Hans Manfred Bock: *Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland*. Ein Versuch, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1976, S. 93-97 u. 164-169.

zugleich stattfindende Stalinisierung der KPD. Die einzelnen Fraktionen entstanden in der Auseinandersetzung mit der Parteiführung, ihre Positionen wurden zumeist von führenden Kommunisten formuliert und richteten sich hauptsächlich gegen die politische Orientierung der Partei. Insofern ist der politikgeschichtliche Ansatz unabdingbar, um eine Geschichte der linken Kommunisten in der Weimarer Republik zu schreiben.

Eine zusätzliche sozialgeschichtliche Herangehensweise kann den Blickwinkel jedoch erweitern. Sie kann beispielsweise aufzeigen, wer die sozialen Träger der Opposition waren, und erklären, weshalb die verschiedenen Strömungen über bestimmte regionale Hochburgen verfügten – wie LaPortes Arbeit ja bereits am Beispiel Sachsen deutlich gemacht hat. Sie kann des Weiteren die Rolle von verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der Parteilinken bewerten. Spielten Frauen eine wichtigere Rolle als in der Gesamtpartei? War die Opposition tatsächlich, wie häufig dargestellt, vor allem eine Intellektuellen-Bewegung? Darüber hinaus kann ein solcher methodischer Ansatz neue Antworten auf die Frage liefern, weshalb die Opposition in ihrem Kampf um die Partei gescheitert ist: Warum hat die durchaus überzeugende Kritik an der Stalinisierung so wenig Anhänger gefunden – vor allem in einer Partei, die gemeinhin sehr autoritätenkritisch war?

Insofern möchte die Promotionsschrift eine Synthese von Politik- und Sozialgeschichte wagen. Eingebettet in die Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung und unter Heranziehung neuer Quellenbestände soll so ein umfassendes Bild der Linken Opposition der KPD in der Weimarer Republik gezeichnet und die erste Gesamtgeschichte dieser zum Teil vergessenen Bewegung geschrieben werden.